

Parlamentarischer Staatssekretär und  
Tourismusbeauftragter der Bundesregierung  
Thomas Bareiß MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Holger Kähler  
Bürgermeister-Bohl-Straße 56  
86157 Augsburg

### **Stornoregeln in der Reisewirtschaft ändern: Bitte unterstützen Sie uns**

Sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär,

mein Name ist Holger Kähler, ich bin Gründer und Geschäftsführer von videlis Seniorenreisen e.V. aus Augsburg. Seit beinahe 30 Jahren organisiert unser gemeinnütziger Verein Reisen für Senioren und andere hilfebedürftige Menschen. Die Reisebetreuung durch unsere ehrenamtlichen Reisebetreuer ermöglicht den im Schnitt 82-jährigen Kunden erholsame Urlaubstage trotz Krankheit und Behinderung. In den zurückliegenden Jahrzehnten konnten wir schon Hunderten von Senioren eine sinnstiftende und belebende Abwechslung vom meist sehr einsamen Alltag bieten. Diese gesellschaftlich wertvolle Aufgabe steht unmittelbar vor dem Aus. Weite Teile der Tourismuswirtschaft sind durch die Auswirkungen der Coronakrise unmittelbar gefährdet. Uns als Reiseveranstalter, der sich um Senioren und damit die Hochrisikogruppe kümmert, trifft die Situation existenzbedrohend. Doch weil im Moment gerade ältere Menschen durch die – absolut sinnvollen – Einschränkungen von sozialen Kontakten leiden, kämpfen wir um unser Überleben: Denn nach dem Ende der Krise werden die älteren Bürger in unserem Land Freizeit- und Reiseangebote ganz besonders dringend brauchen. Deswegen schließen wir uns den Forderungen der Branche an:

Unsere Arbeit hat sich mit den ersten Corona-Fällen in Deutschland schlagartig verändert. Die Buchungszahlen sind auf eine noch nie dagewesene Weise eingebrochen. Wir haben versucht, mit sehr attraktiven Angeboten gegenzusteuern, konnten jedoch nur in sehr begrenztem Umfang Neubuchungen verzeichnen. Spätestens nachdem touristisches Reisen im In- und Ausland von der Bundesregierung mit einer Reisewarnung belegt wurde, ist unser Geschäft vollständig zum Erliegen gekommen.

Unsere größte Sorge ist, wie wir mit der über uns hereinbrechenden Stornierungswelle umgehen sollen. Wir haben für unsere Kunden Hotel- und Flugkapazitäten gesichert und dafür auch schon entsprechende Zahlungen vorgenommen. Die von uns verausgabten Mittel werden wir nicht zurückerhalten. Gleichzeitig verpflichten uns die EU-Pauschalreiserichtlinie und das darauf aufbauende deutsche Reiserecht dazu, im Fall von Stornierungen die Rückzahlungen unverzüglich zu erstatten. Wir erleben deswegen einen dramatischen Liquiditätsabfluss.

Mit der Ankündigung der Bundesregierung, einen Schutzschirm zur Rettung der heimischen Wirtschaft aufspannen zu wollen, haben wir Hoffnung geschöpft. Leider mussten wir schnell feststellen, dass der Mix aus Überbrückungskrediten, Kurzarbeit und Steuererleichterungen nicht auf die Bedürfnisse unserer Branche zugeschnitten ist.

Um unserem Unternehmen zu helfen, muss sofort der Liquiditätsabfluss begrenzt werden. Unsere Nachbarstaaten Frankreich, Italien, Niederlande und Belgien haben gezeigt, wie dies effektiv gelingen kann. Es gibt im Wesentlichen zwei Möglichkeiten. Entweder der Bund erklärt sich dazu bereit, die während der Krise anfallenden Kosten im Zusammenhang mit stornierten Reisen zu übernehmen oder er räumt Reiseveranstaltern wie uns die Option ein, statt einer Barauszahlung eine Reisegutschrift auszuhändigen, die ein Jahr gültig ist und mit einer staatlichen Garantie versehen wird.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, beide von uns aufgezeigten Wege würden nicht nur uns und vielen anderen Reiseveranstaltern das wirtschaftliche Überleben sichern. Auch Reisebüros könnten darauf zählen, ihre Provisionszahlungen zu erhalten. Schließlich wären auch die Verbraucher beruhigt, denn sie bekämen die Möglichkeit, nach der Krise und ohne finanzielle Einbuße ihren Urlaub nachholen zu können.

Wir würden uns sehr über eine Rückmeldung von Ihnen freuen. Es wäre schön zu wissen, wie Sie sich für uns und unsere Branche einsetzen wollen.

Mit freundlichen Grüßen  
Holger Kähler